

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

3.11.1930 (No. 256)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontonummer
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatseigentum:
Chefredakteur
G. U. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjährig 24 RM, halbjährig 12 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Klefe und Gelber frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Rabattabatt gilt und bewilligt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsverfügung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Verleumdung, Verletzung der eigenen Rechte oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Außenhandel im Zeichen der Wirtschaftskrise

Die deutsche Handelsbilanz mit 1 Milliarde Reichsmark aktiv

Unter dem nachhaltigen Einfluß der Weltwirtschaftskrise hat sich das Bild des deutschen Außenhandels wesentlich gewandelt. Auf der Einfuhr- sowohl, wie auf der Ausfuhrseite sind die Spuren der Krise zu finden — allerdings, und das ist besonders bemerkenswert, nicht in gleicher Schärfe.

Zunächst die Einfuhr. In den ersten neun Monaten dieses Jahres belief sie sich auf 8,1 Milliarden Reichsmark gegenüber 10,2 Milliarden in der gleichen Zeit des Vorjahres. Diese starke Abnahme ist zum Teil eine Folge des beträchtlichen Preissturzes auf den Weltmärkten. Rohstoffe und Agrarprodukte insbesondere sind unter dem ehernen Druck wachsender Wirtschaftskrisen wesentlich billiger geworden. Damit allein ist jedoch der Rückgang der Einfuhrziffern nicht hinreichend erklärt. Nicht nur dem Werte, auch der Menge nach, war nämlich der Warenstrom, der vom Auslande her über Deutschlands Grenzen flutete, geringer als in der Zeit vom Januar bis September 1929. Das ist, alle Anzeichen sprechen dafür, ein Ergebnis der starken Abhängigkeit des Importumschlages von der inländischen Wirtschaftslage. Ausländische Rohstoffe und Halbzeug, z. B. Güter also, die regelmäßig über die Hälfte der Gesamteinfuhr ausmachen, werden in Zeiten lebhafter Produktion und regen Geschäftsganges naturgemäß in größeren Mengen verarbeitet als in einer Epoche der Betriebsbeschränkungen und -stilllegungen sowie steigenden Absatzes. Darum liegt namentlich die Rohstoffeinfuhr in diesem Jahre auch mengenmäßig wesentlich unter dem Stand des Vorjahres. Der Rückgang des Imports fremder Fertigwaren tritt ebenfalls in der Folge der schlechten Absatzlage auf dem Binnenmarkt auf. Und was schließlich die Einfuhr von Lebens- und Genussmitteln aller Art betrifft, so ist hier, auch mengenmäßig, eine Abschwächung unverkennbar.

Wie steht es nun um den für Deutschland besonders wichtigen Export? Seine Abnahme ist wesentlich geringer als die des Imports: von 10,0 Milliarden in der Zeitspanne von Januar bis September 1929 (davon Reparationsnachlieferungen: 603 Millionen Reichsmark) ist er auf 9,1 Milliarden Reichsmark (davon Reparationsnachlieferungen: 541 Millionen Reichsmark) in den ersten neun Monaten 1930 eingeschrumpft. Schaltet man auch hier den Preisrückgang aus, so stellt sich die Schrumpfung wesentlich geringer. Bei der Fertigwarenausfuhr, dem Kernstück des Gesamtexports, erreicht sie mengenmäßig gegenüber dem Vorjahresstand nur etwa 3 Proz. Der deutsche Export hat also, unter diesem Gesichtswinkel gesehen, trotz der schweren Absatzkrise in allen Teilen der Welt nur relativ geringe Einbußen erlitten, sich in dem überaus verschärften Konkurrenzkampf auf den internationalen Märkten jedenfalls besser gehalten als die Ausfuhr anderer wichtiger Industrieländer. Die Vereinigten Staaten z. B., auch England, haben, soweit sich das heute übersehen läßt, verhältnismäßig höhere Einbußen in ihrem Auslandsabsatz zu verzeichnen als Deutschland.

Die beträchtliche Einfuhrminderung, der ein wesentlich geringerer Exportrückgang gegenübersteht, hat zu einem hohen Ausfuhrüberschuß geführt: die deutsche Handelsbilanz ist in der Zeit vom Januar bis September 1930 mit einem Gesamtbetrag von etwa 1 Milliarde Reichsmark aktiv. Im Vorjahre war hingegen bis Ende September eine Passivität von rund 140 Millionen Reichsmark zu verzeichnen.

Schweizerische Tarifprobleme

Besprechung zwischen Rheinschiffahrt und Bundesbahnen

Im Bundeshaus zu Bern fand am Samstag, unter dem Vorsitz des Chefs des Post- und Eisenbahndepartements, Bundesrats Pilet, eine Konferenz aller an der Rheinschiffahrt interessierten Kreise mit der Generaldirektion der schweizerischen Bundesbahnen statt. Gegenstand der Besprechung war — wie aus Pilet's Bericht wird — der nun beilegte Tarifstreit der Rheinschiffahrt mit der deutschen Reichseisenbahn und die durch die neuen Getreide- und Holztarife für den Transitverkehr Deutschland-Schweiz geschaffenen Situation.

Auch das Verhältnis der schweizerischen Bundesbahnen zur Rheinschiffahrt wurde erörtert, wobei seitens der Schiffahrt verschiedene Forderungen erhoben wurden. Einmal verlangte sie, daß die Bundesbahnen in Zukunft nicht mehr von ausländischen Bahnen beeinflusst werden dürften, ferner, daß das Tätigkeitsgebiet der Schiffahrt durch die Einführung von Wasserumlaufagartarifen erweitert werde und daß schließlich vor dem Erlaß neuer Tarife die betreffenden Interessentengruppen gehört werden müßten. An der Konferenz nahmen sowohl die Vertreter der an diesen Fragen interessierten Verwaltungszweige des Bundes, ferner der Chef des Auswärtigen, Bundesrat Motta, Vertreter der Basler Regierung, der Vertreter des Basler Schiffahrtsamtes, Vertreter der Basler Reedereivereinigung, der Generaldirektion der Bundesbahnen, des Schweizerischen Handels- und Industrievereins und der schweizerischen Vertreter der internationalen Rheinzentralkommission teil.

Es wurde beschlossen, daß über die ganzen Tarifprobleme eine vom Eisenbahndepartement einuberführende kleine Konferenz sich einnehmend besprechen und eventuelle Beschlüsse fassen soll. Die Konferenz am Samstag galt lediglich einer Klärung der Situation und einer Aussprache aller beteiligten Kreise und Instanzen.

Generalmajor Freiherr von Hammerstein-Guonord, der neue Chef der Gendarmerie, ist mit Wirkung vom 1. November zum General der Infanterie befördert worden, hat also den Generalleutnant übersprungen.

Letzte Nachrichten

Für Streichung der Schulden

Eine amerikanische Stimme

W. B. Pinchurst (North Carolina), 3. Nov. (Tel.) Anlässlich der Jahrestagung des American Institute for Steel Construction erklärte Vorsitzender Charles Abbott: Eine Herabsetzung oder Streichung der Weltkriegsschulden seitens der Vereinigten Staaten würde den entscheidendsten Schritt zur Beseitigung der internationalen Depression bedeuten. Solange diese Zahlungsverpflichtungen die Schuldnerländer bedrohen, wird jede wirtschaftliche Erholung aufgehalten. Die Streichung oder Herabsetzung der Schulden würde nicht nur die Schuldnerländer ermutigen, wieder ihren früheren Wirtschaftsbetrieb in vollem Maße aufzunehmen, sondern auch das Ausland gegenüber den amerikanischen Erzeugnissen günstiger stimmen und damit unserem Lande eine gebührende Belohnung bringen.

Drüning über Deutschlands Außenpolitik

W. B. Paris, 3. Nov. (Tel.) „Petit Parisien“ veröffentlicht eine längere Erklärung, die der deutsche Reichsanwalt Dr. Brüning über Deutschlands Außenpolitik dem diplomatischen Reaktor dieser Zeitung anlässlich seiner kürzlichen Anwesenheit in Paris gegeben hat. Darin heißt es zum Schluß: Die deutsche Außenpolitik steht noch vor vielen unerreichten Zielen. Solange der unnatürliche Zustand andauert, der vor mehr als einem Jahrzehnt infolge der durch den Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festgelegt wurde, wird Deutschland mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln auf eine Änderung hinarbeiten und nach wie vor mit seinen berechtigten Ansprüchen hervortreten.

Die türkischen Schulden

W. B. London, 3. Nov. (Tel.) Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ habe der türkische Finanzminister dem Rat der ottomanischen Bank erklärt, die Türkei sei unter den jetzigen Bedingungen nicht mehr imstande, zu zahlen und müsse eine Revision des Pariser Abkommens von 1928 fordern.

Erste Lage an der indischen Nordwestgrenze

W. B. London, 3. Nov. (Tel.) Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Bombay meldet: Über die Lage an der Nordwestgrenze und die Haltung der Afrikaner liegen nur spärliche Berichte vor. Es verlautet jedoch, daß der Khyberpaß geschlossen worden ist. Ferner sind der Bewegungsfreiheit von Europäern außerhalb von Peshawar ungewöhnlich strenge Beschränkungen auferlegt worden. Europäer dürfen bei Nacht nicht außerhalb der Grenzen der Stadt bleiben. Europäische Frauen dürfen bei Reisen nur die zwei Hauptstraßen benutzen und müssen bewaffnete europäische Begleiter haben.

Das Reformprogramm im Reichsrat

Die Einbringung des Reformprogramms der Regierung im Reichsrat erfolgt wie bei den Beratungsvorlagen im Sommer dieses Jahres wieder in einer öffentlichen Sitzung des Reichsrates, die morgen, Dienstag, vormittag 10 Uhr stattfindet. Reichskanzler Dr. Brüning beabsichtigt, bei diesem Anlaß eine große Rede über die politische Gesamtlage zu halten, die zu dem Finanzprogramm geführt hat, während Reichsfinanzminister Dietrich die vorgeschlagenen Maßnahmen näher erläutern wird. Anschließend findet eine Debatte statt, in der im wesentlichen der Arbeitsplan des Reichsrats und seiner Ausschüsse für die Beratung des Programms geklärt werden soll.

Zusammentritt des Haushaltsausschusses des Reichstags

Der Haushaltsausschuß des Reichstags ist jetzt für Dienstag, den 11. November, einberufen worden. Bis zum Zusammentritt des Reichstagsplenums stehen dem Ausschuß noch drei Wochen zur Verfügung. In dieser Zeit will man mit dem vorliegenden Arbeitsstoff fertig werden.

Hauptgegenstand der Beratungen des Ausschusses ist die Notverordnung, zu der Aufhebungsanträge von den Kommunisten, den Nationalsozialisten und den Deutschen Nationalen vorliegen. Ferner hat die Wirtschaftspartei die Aufhebung der Teile der Notverordnung beantragt, die sich mit der Getränkesteuer befassen. Darüber hinaus wird sich der Ausschuß mit den Anträgen der Nationalsozialisten und Kommunisten auf Aufhebung des Erlasses des Finanzministers über die Kürzung der Bezüge der Reichsangehörigen um 6 Prozent beschäftigen, ferner mit einem kommunistischen Antrag auf Auszahlung einer Winterbeihilfe an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner.

Reichsaußenminister Dr. Curtius empfing am Sonntag in Berlin eine Abordnung des zur Zeit dort tagenden Gesamtvorstandes des Reichsverbandes der heimatreuen Ost- und Westpreußen sowie der Spitzenorganisation der Weimarer im Reich. In der Besprechung wurden die besonderen Nöte und Sorgen des deutschen Ostens sowie die Ziele und Maßnahmen der Reichsregierung zur Abänderung der unerträglichen Lage erörtert.

Die Vergebung der Reichsaufträge und das Land Baden

Bekanntlich sind schon in früheren Zeiten Klagen darüber akut geworden, daß namentlich die süddeutschen Länder bei der Vergebung von Reichsaufträgen nicht die genügende Berücksichtigung finden. Schon im vorigen Reichstag hat der Abg. Rauch von der Bayerischen Volkspartei am 7. März 1928 einen Antrag auf Vorlage einer Reichsstatistik eingebracht und am 13. Juli 1928 haben Mitglieder der Bayerischen Volkspartei zu dieser Angelegenheit eine Interpellation im Reichstag eingebracht. In Verfolg dieser Anregungen hat jetzt der Reichsarbeitsminister dem Reichstag eine umfangreiche Denkschrift über die im Rechnungsjahr 1929 vergebenen Reichs- und Landesaufträge vorgelegt.

Nach der Statistik hat das Reich im Rechnungsjahr 1929 (April 1929 bis 31. März 1930) Aufträge im Gesamtwert von 1 088 697 806 RM vergeben. An dieser Summe sind die einzelnen Vergabungsstellen des Reiches in folgendem Umfang beteiligt:

Reichsfinanzministerium	13 346 649
Reichswehrministerium	89 953 845
Reichspostministerium	186 626 375
davon Reichspostzentralamt	73 833 000
Reichsverkehrsministerium	56 633 475
Reichsbahn	789 500 636
davon Reichsbahnzentralamt	450 765 000
Sonstige Reichsministerien	3 636 836

Im gleichen Zeitraum haben die Länder Aufträge im Gesamtwert von 63 699 985 RM vergeben. An der Spitze steht Preußen mit 27 009 974 RM, dann folgen Sachsen mit 11 088 186 RM, Bayern mit 6 801 371 RM. An vierter Stelle steht Baden mit 6 552 317 RM.

Die räumliche Verteilung der Aufträge auf die Landesarbeitsamtsbezirke wurde erst seit dem 1. Juli 1929 ermittelt. In dem Zeitraum vom 1. Juli 1929 bis 31. März 1930 haben die oben angeführten Reichsstellen an den Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland Aufträge in Höhe von 80 771 000 RM vergeben, davon entfallen auf Baden 21 126 000 Reichsmark. Nach Bayern flossen Aufträge in Höhe von 48 058 000 RM. Vergleicht man damit die Beträge der nach Preußen gefallenen Aufträge (Rheinland 246 308 000, Brandenburg 175 666 000 RM, Schlesien 62 582 000 RM, Westfalen 70 767 000 RM), so kann man nicht sagen, daß die süddeutschen Länder etwa zünftig abschneiden.

Ein ähnliches Bild zeigt die Statistik der in der Zeit vom 1. Juli 1929 bis 31. März 1930 vergebenen und empfangenen Reichs- und Landesaufträge in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken. An Landesaufträgen wurden in Baden vergeben 8 955 000 RM, empfangen 8 737 000 RM, an Reichsaufträgen insgesamt vergeben 10 851 000, empfangen 24 868 000 RM. Auch hier schneiden die norddeutschen Bezirke wesentlich besser ab.

Interessant ist auch die Statistik der in dem Berichtszeitraum vergebenen und empfangenen Reichs- und Landesaufträge nach den einzelnen Gewerbegruppen. Auf den Bergbau entfallen 5 854 000 RM (empfangen), auf die Industrie der Steine und Erden 1 658 000 RM (vergeben) bzw. 1 875 000 Reichsmark (empfangen), auf Eisen und Stahl 1 942 000 bzw. 3000. Auf sonstige Metalle 190 000 (empfangen), Herstellung von Metallwaren 492 000 bzw. 359 000, Maschinen, Apparate Fahrzeuge 1 617 000 bzw. 7 752 000, elektrische Maschinen und Apparate (Starkstrom) 123 000 bzw. 393 000, elektrische Maschinen und Apparate (Schwachstrom) 540 000 bzw. 652 000, Kabel und Leitungsmaterialien 24 000 bzw. 1 525 000, Chemische Industrie 645 000 bzw. 1 075 000, Textilindustrie 1 177 000 (empfangen), Verbleibungsindustrie 65 000, Lederindustrie 26 000 (empfangen), Kaufschul- und Asphaltindustrie 76 000 bzw. 65 000, Holz- und Schnitzstoffgewerbe 88 000 bzw. 727 000, Fleisch-, Obst- und Gemüsekonzerven 4000 (empfangen), Bekleidungsindustrie 35 000 (empfangen), Bauwesen 3 086 000. Auffallend ist, daß auf dem Gebiet der feinmechanischen und optischen Industrie nicht für einen Pfennig Aufträge nach Baden geflossen sind, obwohl das Land gerade auf diesem Gebiete eine Anzahl sehr leistungsfähiger Unternehmungen besitzt. Auch in der Gruppe Papier und Kartonagen ist Baden ohne jeden Reichsauftrag geblieben. Außerordentlich bescheiden ist der Anteil an der Gruppe Obst und Gemüsekonzerven.

Der Statistik des Reichsarbeitsamtes ist eine Erläuterung beigegeben, aus der ersichtlich ist, daß die Haushaltsätze des Reiches für die Vergebung von Arbeiten rund 2,5 Milliarden betragen. Die Haushaltsätze der Länder betragen in der Berichtszeit rund 0,5 Milliarden. Von diesem Gesamtbetrag wurden statistisch erfasst rund 1,15 Milliarden.

Die vom Reichsarbeitsministerium vorgelegte Statistik erfüllt ihre Aufgabe nur teilweise. Es wird in dem Begleitwort selber zugegeben, daß die Orte der Auftragsausführung statistisch nicht erfasst sind. Das wäre aber von großer Bedeutung für die Gewinnung eines genauen Bildes. Ebenso fehlt die Gliederung der Aufträge ihrer Art nach und die genauere Angabe der für Behördenaufträge in Betracht kommenden speziellen Gewerbebezüge. Das Arbeitsministerium sagt, eine solche lasse sich vorläufig nicht durchführen. Immerhin gibt die Statistik wertvolle Aufschlüsse.

Man sieht, daß von Reichsaufträgen in Gesamthöhe von 794 415 000 RM der weitaus größere Anteil, nämlich in Höhe von 679 459 000 RM nach Norddeutschland fallen, während den süddeutschen Ländern nur solche im Gesamtbetrag von 114 956 000 RM zufließen. Die Forderung nach besserer Berücksichtigung des Südens ist daher wohl begründet, zum mindesten aber muß scharf darauf geachtet werden, daß diese Beteiligungsziffern nicht noch eine weitere Herabminderung erfahren.

Wahlerfolge der englischen Konservativen Das Kabinett Macdonald gefährdet

Bei den Munizipalwahlen in England und Wales zeigt das Ergebnis aus rund 80 großen Städten, daß die Arbeiterpartei bedeutend verloren hat. Die Konservativen haben 49 Sitze gewonnen und 10 verloren, die Liberalen gewonnen 9, verloren 8, die Arbeiterpartei gewann 27 und verlor 92, die Unabhängigen gewonnen 24, verloren 20.

In Londoner politischen Kreisen wird die Möglichkeit einer Niederlage der Regierung in der Unterhausdebatte am Dienstag lebhaft erörtert. Wenn alle Unterhausmitglieder, die der Erwerbslosenpolitik der Regierung abfällig gegenüberstehen, geschlossen gegen die Regierung stimmen, dann wäre eine Niederlage sicher. Zu diesen Gegnern zählt auch die unabhängige Arbeiterpartei. Es steht sogar nicht einmal fest, ob die Regierung erfolgreich durchkommt, wenn alle ihre Gegner bei den Liberalen und der Unabhängigen Arbeiterpartei sich der Stimme enthalten.

Ein badischer Landtagsabgeordneter in Darmstadt verurteilt. In einer öffentlichen Versammlung in Darmstadt hatte der nationalsozialistische badische Landtagsabgeordnete E. A. Roth die Reichsregierung verächtlich gemacht und sie u. a. mit den drei Internationalen verglichen. Roth hatte sich nun vor dem Bezirkshofgericht in Darmstadt wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz zu verantworten und wurde unter Zurücklassung mildernder Umstände zu 200 RM Geldstrafe verurteilt.

Das Uniformverbot für die Nationalsozialisten in Hamburg. Das am 8. September von der Hamburger Polizeibehörde erlassene allgemeine Verbot der nationalsozialistischen Parteiuniform ist jetzt vom Hamburger Senat nachgeprüft worden. Der Senat kam zu der Überzeugung, daß auch heute noch die Gefahr von Störungen der öffentlichen Ordnung besteht, wenn den Angehörigen radikaler Parteien das Tragen von Uniformen wieder gestattet wird. Er hat deshalb das Uniformverbot bestätigt.

Die Aufwertungsansprüche des Großherzoglichen Hauses in Mecklenburg. Das Schiedsgericht, das zur Entscheidung über die Aufwertungsansprüche des Großherzoglichen Hauses gegenüber dem Land Mecklenburg eingesetzt worden ist, hat, wie das „W. T.“ berichtet, der Großherzoglichen Familie jetzt eine Summe von rund 3½ Millionen Reichsmark zugesprochen.

Die Polizeikostenzuschüsse für Braunschweig. Der Reichszentraler telegraphierte dem braunschweigischen Staatsministerium, daß auch das Reichskabinett, ebenso wie der Reichsminister des Innern, sich die endgültige Entscheidung über die weitere Auszahlung der Polizeikostenzuschüsse vorbehalten müsse. Für November ist die Auszahlung inzwischen bereits erfolgt.

Die Massenverhaftungen unter den Ukrainern in Polen werden fortgesetzt.

Kaiserkrönung in Abessinien. In Addis Abeba wurde unter großem Pomp der Kaiser von Abessinien gekrönt.

Badisches Landestheater

Gedächtnisfeier für Siegfried Wagner

Das Leitmotiv der Trauerfeier, welche die Intendanz des Landestheaters gemeinsam mit der Ortsgruppe des Bayreuther Bundes am Sonntagvormittag veranstaltete, war das gleiche wie bei jener denkwürdigen Stunde, die am Abend des Begräbnistages von Siegfried Wagner im Festspielhaus Bayreuth stattgefunden hatte. Werden, Schaffen und Vergehen des Vereinigten zog somit noch einmal im musikalischen Teil an der Seele vorüber und erschütterte zutiefst die Freunde, die sich auch hier vollzählig versammelt hatten. Als sich der Vorhang hob und das unsichtbare Orchester mit dem Siegfried-Jubiläum begann, jenem Wert, das der große Vater einst schrie, als ihm sein Siegfried geboren wurde, da wurden vor dem nachdunkeln Himmel die vertrauten Züge des so jäh Verstorbene allmählich deutlich, aber es war leider nur eine porträtähnliche Skulpturalbüste, die sie widerspiegelte, und matte roten-rot zur Rechten und Linken kündeten trauernd, daß dieser willensstarke Führer wirklich mitten aus freudig schaffender Arbeit uns für immer entzogen wurde. Es folgten zwei Konzerte von ihm selbst, darunter das ergreifende „Friedensengel“-Vorspiel, und dann sprach Christian Lorenz, der Ortsvorsitzende des Bayreuther Bundes, Worte des Gedankens, die darin gipfelten, daß das von Siegfried Wagner so mutig weitergeführte Werk auch in Zukunft unbedingt dem deutschen Volk müsse erhalten werden. Wieder lag weiche Stille über dem ganzen Haus, sobald das Orchester den Trauermarsch aus der „Götterdämmerung“ intonierte. Und sie hielt noch eine geraume Weile an, nachdem der Vorhang längst gefallen und der letzte Ton verklungen war.

Man darf dieser in jeder Beziehung würdigen Gedächtnisfeier nachsagen, daß sie sowohl der menschlichen wie künstlerischen Seite Siegfried Wagners, an dessen Bahre man gleichsam stand, voll und gerecht wurde und fühlbares Verlangen zu den Idealen ward, denen er sein ganzes Leben gewidmet hatte.

Kampf dem Krebs!

Eine große Zahl von Ärzten der wissenschaftlichen Naturheilkunde, diesem so wichtigen Zweig der Medizin, hatte sich am gestrigen Sonntag in Frankfurt im Saale des Kölner Hofes zur Tagung eingefunden, um an dem wichtigen Programm und an dem Vortrag Dr. Wetterers (Mannheim) teilzunehmen. Dr. Wetterer, bekannt durch seine Fortschritte in der Krebsbekämpfung, die ihm seine (für Deutschland) größten Mittel am Radium ermöglichen, bekannt durch seinen Ausbau der französischen Radiummethode (Regaud-Paris), insbesondere

Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten

Das Reichsinnenministerium hat in seinem Haushaltsplan für das Jahr 1931 100 000 Reichsmark zur Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten angefordert. Die „Voss. Ztg.“ schreibt dazu, die Vorbereitungen für die Wahl müssen in dem Etatjahr 1931 getroffen werden. Die Amtsbauer des Reichspräsidenten läuft im Mai 1932 ab. Es muß also damit gerechnet werden, daß der erste Wahlgang Anfang April 1932 stattfindet. Ein Teil der Wahlvorbereitungen und auch der Ausgaben fällt daher in das Rechnungsjahr, dessen Haushalt jetzt fertiggestellt wird. Bei der letzten Wahl des Reichspräsidenten betrug die auf das Reich entfallenden Kosten für den ersten und zweiten Wahlgang 8,4 Mill. Reichsmark.

Graf Bernstorff

Führer der deutschen Abrüstungsdelegation
Wie der Berliner „Montag“ meldet, wird die deutsche Delegation für die Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz am Dienstag nach Genf abreisen. Die deutsche Delegation wird wieder von Graf Bernstorff geführt, der Deutschland seit Jahren in der Abrüstungskonferenz vertritt. Dem Außenminister und dem Kabinett sei diesmal der Vorschlag unterbreitet worden, einen Wechsel in der Leitung der Delegation vorzunehmen und mit deren Führung den Generaloberst von Seeckt zu betrauen. Das Kabinett habe diesen Vorschlag jedoch abgelehnt.

Einsparungen des Auswärtigen Amtes

Nach dem Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes sind, der „Voss. Ztg.“ zufolge, die fortwährenden Ausgaben für das Jahr 1931 um 4,4 Mill. Reichsmark, d. h. 7,4 Prozent gesenkt worden. Diese durch die Finanzlage des Reiches veranlaßte Ausgabenverminderung hat nur durch eine starke Kürzung der Auslandsbezüge, besonders der Auswärtigen Missionen, sowie der Ausgaben des Verheiratenzuschlags für die Beamten im Auslande von 33% auf 20% ihrer Dienstbezüge und dadurch erreicht werden können, daß wichtige Ausgaben des auswärtigen Dienstes eingeschränkt werden. Ein Ausbau der deutschen Vertretungen im Jahre 1931 ist nicht vorgesehen.

Im Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei

fürte am Samstag der stellvertretende Parteiführer Dingeldey u. a. aus: Für die parlamentarische Haltung der Reichstagsfraktion bleibt entscheidend die Tatsache, daß es nur eine durchgreifende und großzügige Reform auf steuerlicher, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet als einzige Möglichkeit zur Rettung des Vaterlandes gibt. Sie steht der Regierung in fraktioneller Ungebundenheit mit eigener Verantwortung gegenüber und hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die klare Sache des Reformwillens nicht durch irgendwelche sozialistische Einflüsse abgelenkt wird. Schon im Laufe dieses Monats, spätestens bei Zusammentritt des Reichstags, müsse die Regierung, wenn sie den durch die Notverordnung beschrittenen Weg in seiner Grundrichtung nicht preisgeben wolle, auf den Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Jede Nachgiebigkeit gegenüber sozialistischen Wünschen müsse aber eine völlige Schwächung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zur Folge haben. Dingeldey trat weiter für eine verfassungsrechtliche Reform zur Festlegung des Parlamentarismus, insbesondere für eine Stärkung der Reichspräsidentengewalt, für eine Erste Kammer und Reichsreform ein.

Führerkrise in der Wirtschaftspartei

Der zweite Vorsitzende der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Reichstagsabgeordneter Colosser, hat sein Amt niedergelegt. Er begründet diesen Schritt damit, daß der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Dreiwitz, die übrigen Vorstandsmitglieder durch selbstherrliche Handlungsweise dauernd brüskiere.

Gegenüber Meldungen, daß auch der Führer der preussischen Landtagsfraktion, Abg. Ladenborff, sein Amt niedergelegt habe, erklärt dieser, daß zwar Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, daß er aber vorläufig nicht die Absicht habe, seine Ämter niederzulegen. — Der Führer der Wirtschaftspartei, Dreiwitz, erklärte, daß der Rücktritt Colossers vor allem auf Differenzen in der Haltung der Partei gegenüber dem Berufsbeamtentum zurückgehe. In der Deutschen Mittelstandszeitung, dem Parteiblatt der Wirtschaftspartei, war das

„Madenlied“ erschienen, das die Beamtenschaft scharf angriff, und von dem Dreiwitz und der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei abgedruckt. Colosser, der Vertreter der Partei in diesem Berlage, habe die vom Reichsausschuß nun beschlossene Benützung über die Veröffentlichungen in der Parteizeitung nicht dulden wollen.

Revision im Bombenlegerprozess. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Staatsanwaltschaft im Bombenlegerprozess Revision eingelegt. Von den Angeklagten hat bisher nur der zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilte Volk durch seinen Verteidiger Revision einlegen lassen. Die Frist läuft jedoch bis zum 7. November. Rechtsanwalt Böhmman, einer der Verteidiger, erklärte, daß die Reurteilung keine Revision einlegen würden.

Arbeitszeitverkürzung bei der Reichsbahn undurchführbar. Zu einer Forderung der Lokomotivführer auf Verkürzung der Arbeitszeit des Reichsbahnpersonals um eine Stunde wird mitgeteilt, daß eine derartige Kürzung der Arbeitszeit im Augenblick völlig undurchführbar ist. Sie würde ein Mehr an Personal bedingen, wodurch die Personallasten, die schon jetzt 66 Proz. des Gesamtetats ausmachen, noch weiter erheblich gesteigert würden. Seit 1925 sind die Personallasten um rund 700 Millionen gestiegen. Auf Grund der ungünstigen Verkehrsverhältnisse muß die Reichsbahn in diesem Jahre mit einer Mindereinnahme von über 700 Millionen rechnen, so daß auch aus diesem Grunde eine weitere Belastung des Personalletats unmöglich ist.

Die deutschen Kriegergräber in Frankreich. Anlässlich des Allerheiligentages fand auf dem Friedhof von Juvy bei Paris eine Gedenkfeier der deutschen Kolonie an den Gräber der dort ruhenden deutschen Soldaten statt, wobei der Vortragsleiter u. Vösch eine Rede hielt.

Kein neues Disziplinarverfahren gegen Vösch. Der Oberpräsident hat, wie aus Berlin gemeldet wird, den Antrag der NSDAP, gegen Vösch wegen erst später bekannt gemordener Dienstverdrängungen ein neues Disziplinarverfahren einzuleiten, abgelehnt. Er begründet das damit, daß die angestellten Ermittlungen ihn dazu nicht bestimmen können. — Da mit dem 1. November die Pensionierung von Oberbürgermeister Vösch vollzogen ist, liegt jetzt ein Disziplinarverfahren gegen Vösch nicht mehr im Bereich der Möglichkeit.

Kleine Chronik

Der Papst hat für die Opfer des Maybacher Unglücks 8000 Reichsmark gespendet.

Zu dem Diebstahl der Originalurkunde der Verfassung von 1848, die, wie gemeldet, aus der Bibliothek des Reichstags entwendet wurde, wird noch mitgeteilt, daß es sich um das wertvollste Stück der Reichstagsbibliothek handelt. Unter dem gedruckten Text der 48er Verfassung befinden sich die Originalunterschriften sämtlicher Abgeordneter der Nationalversammlung der Paulskirche. Die Urkunde ist auf Pergament gedruckt, umfaßt 27 Seiten Text und 19 Seiten Unterschriften. Das Format ist etwa 35 x 23 Zentimeter, der Einband besteht aus rotem Leder; auf der Vorderseite befindet sich ein Adler in Silber.

Der am 14. April 1930 vom Schwurgericht Neustrelitz zum Tode verurteilte Landarbeiter August Rogens ist auf Beschluß des Staatsministeriums zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. — Rogens ist bekanntlich als Mörder des kleinen Erbsen Rogens verurteilt worden.

Sonntag früh gegen 5 Uhr wurde der Fischdampfer „Langeoog“ aus Westermünde zwischen dem West- und dem Ostufer der Ostsee von einem Dampfer — dem Vernehmen nach handelt es sich um ein holländisches Schiff — gerammt. Der Fischdampfer sank sehr schnell. Sechs Mann der Besatzung ertranken.

Wie Gavas aus Barcelona berichtet, ist das deutsche Niesenflugzeug „G 38“, das Sonntag früh in Barcelona zur Fortsetzung seines Fluges nach Madrid aufgestiegen war, infolge Motorfehlers nach einigen Minuten nach Barcelona zurückgekehrt.

Bei dem jüngsten Erdbeben in Italien wurden 362 Personen verletzt, darunter 7 schwer.

Die amerikanische Stadt Oklahoma ist durch die plötzliche Eruption einer Quelle schwer gefährdet. Das ölgetränkte Gas am Rande einer 1½ Meilen großen Niesenflache fing unter Entwicklung dichter, schwarzer Rauchwolken Feuer.

bere in der Radiumbehandlung des Brustkrebses und gewisser anderer Formen des Karzinoms, hat über neue Fortschritte mit Hilfe des Lichtbildes berichtet. Die immer feinere Ausgestaltung der Moulage, die leider in Deutschland so gut wie unbekannt ist, hat sich Wetterer zum Ziele gesetzt. Keine Radiumbehandlung nach primitiver Methode, d. h. durch Auflegen von Radiumtuben, sondern nur mit Moulage ist die Forderung des Redners!

Seine prozentualen Besserungsziffern sind im Steigen, sogar beim inoperablen Darm-Magen-Krebs, von denen er, wie beim Brustkrebs, interessante Fälle von „weitgehender Besserung und Lebensverlängerung“ vorgelegt. Die Besserungsziffer dieser schweren, früher als verloren gegoltenen Formen schwerer Stadien ist viel größer geworden. „Arbeiten und nicht Verzweifeln“, das ist seine Wort Carlises, gilt ganz besonders für die Krebsbekämpfung.

Erstauslich sind die Fortschritte bei Brustraum-, Zungen-, Blasenkrebs. Dr. Wetterer steht auf dem Standpunkt der Notwendigkeit einer naturgemäßen Lebensweise und teilt die längst bewährte Ansicht der zahlreichen Hörer, daß die vernünftige Ernährung außerordentlich wichtig ist, zumal für die Bekämpfung der ungewöhnlichen Ziffer der Magen-Darm-Krebse, einem Abel der „modernen Kultur“, d. h. einer falschen, ja giftigen Ernährung. Dr. Wetterer unterzeichnet eine prinzipielle Verhütung des Krebses durch eine richtige, regelmäßige, vitaminreiche, ballastlose Nahrung, Magnesiumsalze „Krebsverhütungstropfen“ nach Dr. Wetterer (Fidelitaslaboratorium, Karlsruhe) und eine lokale Verhütung: möglichst Erkennen des Früh-, ja Vorstadiums der Krebse.

Die große Gruppe der deutschen Naturärzte, für die die Radiumbehandlung ein wertvolles Hilfsmittel der Natur darstellt, erwies dem Vortragenden ihre Sympathie durch lebhafte Zustimmung und Dank.

Die Behandlung der Krebserkrankung bei der Frau

Veröffentlicht im Auftrage des badischen Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses von Univ.-Prof. Dr. Pantow, Freiburg i. B.

(Zur Radiumperiode am 9. November 1930.)

Für die Behandlung der Krebserkrankung bei der Frau ist von größter Wichtigkeit, die Krankheit möglichst früh zu erkennen, weil dann die Behandlungsart die meisten Aussichten auf Erfolg bietet. Die Früherkennungen des Krebses sind Blutungen und Ausfluß. Die Blutungen treten meist nicht tags- und stundenlang, sondern oft nur tropfenweise auf und besonders nach körperlichen Anstrengungen und, was besonders wichtig ist, nach dem ehelichen Verkehr.

mensein. Der Ausfluß ist meistens ein röthlicher, fleischwarmer, faserförmiger und hat gewöhnlich einen unangenehmen Geruch. Er steht nicht selten aber auch bräunlich oder gelblich eitrige aus.

Wenn eine Frau, die noch ihre Periode hat, zwischen den Perioden solche Erscheinungen bemerkt, oder wenn eine Frau, die schon in den Wechseljahren ist, diese Erscheinungen an sich beobachtet, so muß sie unbedingt den Arzt aufsuchen. Es können auch harmlose Dinge ähnliche Erscheinungen auslösen, aber nur der Arzt kann entscheiden, ob die Ursache tatsächlich harmlos oder ernsterer Natur ist. Wird bei solchen Erscheinungen der Krebs erkannt, so besteht sehr große Aussicht, ihn zur Heilung zu bringen. Die Behandlung erfolgt entweder durch die Bestrahlung oder durch Operation oder durch Anwendung beider Verfahren. Die Behandlung ist nur im Krankenhause möglich, die Strahlenbehandlung nur in solchen, die gleichzeitig über eine ausreichende Röntgeneinrichtung und vor allen Dingen über Radium verfügen. Deswegen wird bekanntlich am 9. November und die folgenden Tage eine Sammlung zum Ankauf von Radium vorgenommen.

Mit der Durchführung der Behandlung ist es aber allein nicht geschehen. Es ist bekannt, daß die Krebserkrankung zu Rückfällen führen kann. Der Beginn des Rückfalls macht oft gar keine Erscheinungen. Er kann deswegen nur erkannt werden, wenn die Frau sich regelmäßig ärztlich untersuchen läßt. Die dauernde Nachbeobachtung durch den Arzt ist also gerade für krebserkrankte Frauen eine Notwendigkeit, die ebenso wichtig ist wie die Behandlung selbst.

Der Deutsche Schffelbund e. V., Geschäftsstelle Karlsruhe, verteilt in diesem Jahre als Mitgliedergabe den bisher unveröffentlichten unvollendeten Roman „Irene von Spillenberg“ von J. B. v. Schffel. Der Bundesvorsitzende, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Friedr. Panzer, Heidelberg, hat die Herausgeberrolle selbst übernommen und das Buch eingeleitet. Die Gabe wird Ende November allen Mitgliedern des Bundes zugestellt. Für 1931 hat der Deutsche Schffelbund eine Erzählung eines jungen Münchner Dichters „Die Mär von Lengries“ von Max Rohrer, illustriert von J. Nibel, München, zur Veröffentlichung als Mitgliedergabe erworben. Der Bund verpflichtet also schon im nächsten Jahre zum ersten Male seine Mitglieder, lebenden Künstlern und Gelehrten idelle und materielle Hilfe zu leisten durch honorarische Übernahme wertvoller selbständiger Arbeiten (ohne jede stoffliche Bindung!) in seine jährlichen Veröffentlichungen. 1932 wird sodann wieder eine Veröffentlichung aus dem reichen bedeutenden Nachlaß Schffels folgen.

Badischer Teil

Zum Hinscheiden Dr. Schofers

Zür den verstorbenen Prälaten Dr. Schofer fand am Freitagabend 5 Uhr im Freiburger Münster ein Totenoffizium statt, an dem sowohl der Erzbischof als auch der Weihbischof und Prälat Dr. Baumgartner teilnahmen. Der Sarg mit den sterblichen Überresten des Heimgegangenen war im Chor des Münsters aufgebahrt. Nach der Einsegnung wurde der Sarg in feierlichem Zuge durch das Hauptportal getragen und im Leichenwagen zur Halle auf dem Hauptfriedhofe gebracht. Am Allerheiligennachmittag wurde die Leiche des Verbliebenen der allgemeinen Beerdigung freigegeben. Tausende von Freiburgern pilgerten an die Bahre des Toten, um ihm ein letztes Lebewohl zu sagen.

Bei dem stellv. Vorsitzenden der Bad. Zentrumspartei, Prälat Dr. Baumgartner, ist zum Tode Dr. Schofers folgendes Telegramm des Reichstanzlers Brünning eingelaufen:

„Die Nachricht von dem Hinscheiden des Führers des badischen Zentrums, Prälaten Dr. Schofer, hat mich auf das tiefste erschüttert. Durch den Heimgang dieser seltenen Persönlichkeit hat die Badische Zentrumspartei einen außerordentlich schweren Verlust erlitten. In aufrichtiger Mittrauer um den Entschlafenen, dessen Verdienste ich stets dankbar gedenken werde, spreche ich Ihnen und der Badischen Zentrumspartei mein tiefstes Beileid aus.“

Das Telegramm des Prälaten Kaas hat folgenden Wortlaut:

„Tiefbewegt über solchen zufällig erhaltenen Trauerkunde. Sende Anmerkungen und allen badischen Freunden Ausdruck innigster Mittrauer. In Deutschland schwerer Zeit ist einer seiner Treuesten dahingegangen. Sein Erbe wird den Befehlern des Zentrumsgebantens in Baden und uns allen heilig sein.“

Der plötzliche Tod Schofers ist selbst eingeweihten Kreisen völlig überraschend gekommen. Wie die „Freie Tagesp.“ berichtet, hat der Prälat in den letzten Tagen mehrfach darüber gellagt, daß er sich recht schwach fühle. In der Nacht des Donnerstag, etwas um 11.15 Uhr, erlitt er dann einen jener schweren Anfälle, die im letzten Jahre ihn mehrfach befallen hatten. Da der Zustand sofort als sehr ernst erkannt wurde, wurde ein benachbarter Geistlicher herbeigerufen, der dem Sterbenden die Sterbesakramente spendete. Der gleichfalls herbeigerufene Hausarzt konnte bei seinem Eintreffen nur noch den Tod feststellen.

Die badische Tabakindustrie zu den Steuerplänen

Aus Heidelberg wird berichtet: Die badische Tabakindustrie ist von dem neuen Steuerbeschlusse des Reichsfinanzministeriums überrascht worden und hat zugleich in Eingaben an alle in Frage kommenden Stellen Einspruch erhoben. Sie hat sich auch an die badische Regierung gewandt, um von ihr Unterstützung im Kampf gegen diese neue Belastung des Tabaks zu fordern. Sie macht darauf aufmerksam, daß gerade in Baden viele Hunderte von Betrieben und viele tausende Arbeiter in Frage kommen, die durch die neuen Steuern schwer getroffen und zum Teil sogar dem Ruin entgegengeführt werden.

Die Heidelberger Handelskammer hat gleichfalls telegraphisch beim Reichsfinanzministerium Protest gegen die Tabaksteuererhöhung eingeleitet. Sie weist darauf hin, daß die in Baden zahlreich vertretene Rauchtobak- und Zigarrenindustrie geringere wäre, die Verkaufspreise um 50 Proz. zu erhöhen, während der Preiszuschlag auf Zigaretten so gering sei, daß er wahrscheinlich durch fabrikatorische Maßnahmen ausgeglichen werden müsse. Dies werde zweifellos eine Abwanderung zur Zigarette und eine neue schwere Schädigung der Rauchtobak- und Zigarrenindustrie zur Folge haben. Die Handelskammer fordert daher Aufhebung oder Änderung der neuen Steuerbeschlüsse.

Das Bahnprojekt Albrunn-St. Blasien

Aus Waldshut wird berichtet: Mit Entschluß vom Oktober 1930 hat der Reichsverkehrsminister erklärt, daß die geplante Schienenverbindung von Albrunn nach St. Blasien (Hohenwaldbahn) nicht als eine Eisenbahn des allgemeinen Verkehrs anzusehen und daher der Reichsaufsicht nicht zu unterstellen ist. Damit ist die Zuständigkeit des Landes Baden für die weitere Förderung dieser, für den Südschwarzwald eine Lebensnotwendigkeit darstellenden Bahnlinie gegeben. An der späteren Finanzierung der Bahn werden sich das Reich und die Allgemeine Deutsche Eisenbahnbetriebsgesellschaft, letztere durch ihre Holdinggesellschaft, nämlich der mit einem Kapital von 50 Millionen arbeitenden Aktiengesellschaft für Verkehrsweesen, in sehr erheblichem Umfang beteiligen, die Allgemeine Deutsche Eisenbahnbetriebsgesellschaft wird auch den Betrieb der Bahn übernehmen. Wie man hört, soll mit den Projektierungsarbeiten und den sonstigen technischen Vorbereitungsarbeiten im kommenden Frühjahr begonnen werden. Der Beginn des Bahnbaues selbst hängt von Abschluß dieser Vorarbeiten und von der Möglichkeit der Mitfinanzierung durch das Land Baden ab.

Die Arbeit der Notgemeinschaft in Heidelberg. Die Heidelberger Notgemeinschaft und die Stadtverwaltung befassen sich dieser Tage mit der Frage der Verwendung der von privaten Spendern der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel, die insgesamt 75 000 bis 80 000 Reichsmark betragen. Unter anderem sollen zwei Volkshäuser erstellt werden, von denen die eine in der Altstadt und die andere im Stadtteil Kirchheim gelegen sein soll. Besonders dringend wurde die Unterstützung kinderreicher Familien gefordert. Sämtliche Hilfsmaßnahmen sollen beschleunigt durchgeführt werden.

Kanalisation in Neuluthheim. In seiner letzten Sitzung genehmigte der Bürgerausschuß Neuluthheim mit großer Mehrheit die Ausführung der Kanalisation. Die Hälfte der veranschlagten Kosten von 170 000 M übernimmt der Staat, der Rest wird durch eine Anleihe bei der Girozentrale aufgebracht. — Gleichzeitig wurde die Einführung erhöhter Gemeindefür- und Getränkesteuer beschlossen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Eine kräftige Sturmsphäre ist vom Ozean in östlichem Kurs nach der Nordsee gezogen und hat schon gestern starkes Auffrischen der Südwestwinde bei uns verursacht. Heute nacht gegen 24 Uhr hatte der Sturm seine größte Heftigkeit erreicht; in der Ebene wurden einzelne Windstöße bis zu 30 Sekundenmetern beobachtet. Von der Rückseite der Phäre wird uns bis morgen kühlere Luft erreichen. Wetteraussichten: Unbeständig, etwas kühler und zeitweise Regenschauer bei starken westlichen Winden. Gebirge: in höheren Lagen Schneefall bei leichtem Frost und stürmischen Südwestwinden. Wasserstände: Waldshut 336+16, Basel 158, Schusterinsel 225+29, Nehl 336+2, Maxau 536+3, Mannheim 463+6, Raab über 200 Zentimeter.

Der Bürgerausschuß Mülheim beriet den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930/31, der mit 633 850 M Ausgaben und 514 350 M Einnahmen abschließt. Durch Umlage sind zu decken 119 500 M, und zwar entfallen auf 100 M Grundvermögen 100 M, auf das Betriebsvermögen 40 M, auf den Gemeindefürtrag 750 M. Es sind dies dieselben Umlageföhe wie im Vorjahre. Mit allen gegen 4 Stimmen wurde der Voranschlag genehmigt. Dagegen stimmte auch der Bürgermeister.

Aus der Landeshauptstadt Weihe des Gefallenen-Ehrenmals

Den Karlsruhe'ern Weihen zum Gedächtnis

Während sich noch die Gäste auf dem Ehrenfriedhof der Krieger- und Fliegeropfer versammeln, ist schon Staatspräsident Dr. Schmitt dort eingetroffen und hat als Erster zu Füßen des neuen Denkmals, dem diese Weihestunde am Nachmittag von Allerheiligen gewidmet ist, einen großen Lorbeerzweig, mit den Farben der badischen Heimat geschmückt, als stummen Gruß niederlegen lassen. Dann klangen schweremütige Klänge der Kolonialkapelle; die offizielle Feier hat begonnen, die von Bildhauer Hermann Bins geschaffene Monumentalplastik, eine schreitende Jünglingsgestalt, die neben dem ehrenden Gedenken für die im Weltkrieg gefallenen Soldaten aus Karlsruhe's Mauern zugleich Sinnbild deutschen Apertumens sein soll, wird ihrem Zweck übergeben.

Inmitten eines stillen gepflegten Grabplatzes, von den anliegenden Gräberfeldern durch geschlossene Baumreihen getrennt, steht die hochragende Bronzefigur, und wenn es richtig ist, daß plastisches Empfinden am besten immer körperhaft ist, weil nur in den Bewegungen des menschlichen Leibes jene sinnlichen Ausdrucksmöglichkeiten liegen, die auch eine feilsche Erregung ahnen lassen, so hat ihr Schöpfer diesen Zweck zumindest erreicht. Denn allein schon aus der Gestalt der Figur mit ihren erhobenen Armen und nach oben gestreckten Händen kann zweifellos jeder das Motiv ablesen, das als bestimmende Gestalt ihrer Konzeption mitgewirkt hat. Und es ist nicht von geringerem Eindruck, wie nun dieser nackte Jünglingskörper als einziger Schmuck aus der gärtnerischen Anlage des Platzes herauswächst und durch gute Maßverhältnisse den Raum vollkommen beherrscht. Er steht auf niederm breitem Steinblock, auch die reinföhlige, ohne das töliche Ornament gelagerte Architektur unterstützt die geschlossene Wirkung, ja sie ist sogar Vorbereitung für die noble Schlichtheit der Figur, die sonst leicht ihrer Erstellung auf einem Totenfeld unwürdig werden könnte. Zur Ausführung der Gestalt selbst: Sie mutet etwas archaisch, fast unnötig stark an; man hätte sie sich ein bißchen gelöster und in der Komposition gelodarter denken können, als es jetzt bei aller klassizistischen Haltung und stillistischen Strenge der Fall ist. Aber wie immer man zu dieser herben Schlichtheit ihres Schöpfers sich stellen mag, es bleibt gleichwohl anerkennend, daß aus dem Bins'schen Entwurf in der Tat ein Monument gereift ist, das in dem an gebiegenen Grabzierden nicht eben reichen städtischen Friedhof eine künstlerische Sonderstellung einnimmt.

Von der Einweihungsfeier ist außer zwei stimmungsvollen Liedvorträgen des Lehrgesangsvereins unter seinem Dirigenten, Dr. Heinz Knoll, noch die Rede von Oberbürgermeister Dr. Hintz zu erwähnen, der die Liebe zum Vaterland, wie sie die großen Heldentaten der Toten erwiesen hätten, pries und zu gleichem Dienst am gesamten Volk mahnte, eingebettet des herrlichen Vorbildes, das sie uns gerade dafür gegeben haben. Dann jenkten sich die Fahnen der vielen erschienenen Vereinsdeputationen, und unter den Klängen des Liebes vom guten Kameraden defilierten die einzelnen Abordnungen am Denkmal vorbei, um schöne Kranzspenden niederzulegen. Der an sich geblühlich schon immer sehr stark Grabbesuch am Tage Allerheiligen hatte auf den Zugangsweg zum Ehrenmal einen ungeheuren Massenandrang zur Folge, und manchmal wird gestern nicht einmal dessen erste stützige Befestigung möglich gewesen sein.

Noch kein Start des „Do X“. Das Niesenflugzeug „Do X“ konnte wegen schlechter Wetteraussichten am Sonntag keinen Flug vom Bodensee nach Asterdam nicht antreten. Aus Karlsruhe und der Pfalz waren am Sonntagvormittag zahlreiche Personen nach dem Rhein hinausgependelt, die bergelich auf das Flugzeug, das die Rheinroute hatte nehmen wollen, warteten. Da die Wetterlage sich heute gegenüber Sonntag vormittag eher noch verschlechtert hat, konnte auch heute der Abflug in Altsheim nicht stattfinden. Von dort wird gemeldet: Die gestern früh vorausgesehene Sturmvetterlage mit Windstärke bis zu 100 Kilometer über Holland und im Kanal machen einen Start des „Do X“ vor Dienstag früh unmöglich. In einer offiziellen Mitteilung der Werksleitung wird bekanntgegeben, daß der Start des Flugzeuges daher bis Dienstag vormittag verschoben worden ist.

Klavierabend Darmstadt: Alte und neue Tanzformen heute abend 8 Uhr im Eintrachtssaal.

Immer wieder politische Schlägereien. In der Nacht zum Sonntag entstand in der mittleren Kaiserstraße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf eine Person durch einen Schlag mit einem Bierglas am Kopf leicht verletzt wurde. Die einschreitende Polizei verbrachte die Hauptbeteiligten nach der Wache. Eine dort vorgenommene körperliche Durchsuchung förderte bei drei Beteiligten verschiedene als Waffen benutzbare Gegenstände zutage. 15 Personen wurden wegen groben Unfugs und Ruhestörung angezeigt. — Am Samstagabend ereigneten in der Bahnhofshalle in Durlach etwa 30—40 zum Teil mit Stöden bewaffnete Kommunisten, um mit dem Zug von einer Versammlung in Göttingen heimkehrende Nationalsozialisten abzufassen. Die Polizei konnte mit Verstärkung gerade noch rechtzeitig eingreifen und ein Handgemenge zwischen den beiden feindlichen Parteien verhindern. Einige Anhänger aus beiden Lagern wurden festgenommen und nach der Polizeiwache gebracht, wo sie nach Waffen körperlich durchsucht wurden. Ein Nationalsozialist, der im Besitz eines Taschenschlüssels war, wurde wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Im Verlauf der gleichen Nacht gelang es, die Namen der beteiligten Kommunisten zu ermitteln, denen es gelungen war, sich durch die Flucht dem polizeilichen Zugriff zu entziehen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die hängende Brandstunde

D. Waldshut, 3. Nov. (Tel.) Die beiden letzten Nächte waren für die Gemeinde Hänging und die benachbarte Gemeinde Brede Schreckensnächte. Am Sonntag früh brach in dem im Zinken Laufen gelegenen landwirtschaftlichen Anwesen des Gottfried Eder ein Brand aus, bei dem infolge des starken Sturmes an eine Löschung des Brandes nicht zu denken war. Im Hause waren noch einige Schluchgearbeiter untergebracht; es gelang ihnen, die schon demütig gewordenen Frau des Besitzers und die Kinder unter Lebensgefahr aus dem brennenden Hause zu retten.

Heute früh 4 1/2 Uhr brach in dem Anwesen des Landwirts Johann Birkmayer Feuer aus, das, obwohl es sofort von der seit kurzem eingerichteten Brandwache bemerkt wurde, nicht mehr gelöscht werden konnte, weil der herrschende Sturm die

Flamme mit rasender Schnelligkeit anfauchte. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die Nachbarhäuser zu schützen. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Der Brandschaden wird in beiden Fällen mit je 35 000 M berechnet. Es wird Brandstiftung vermutet. In der Bevölkerung herrscht die einmütige Meinung, daß auch diese Brände von dem geheimnisvollen hänging Brandstifter gelegt wurden. Auf dessen Ergreifung ist eine Belohnung von 5000 M ausgesetzt worden.

In der Frühe des Allerheiligentages brannte in Eichholz (Amt Waldshut) eine von 50 Schluchgearbeitern bewohnte Baracke völlig nieder. Die Arbeiter konnten nur das nackte Leben retten. Ihre Habseligkeiten und zum Teil ihre Ersparnisse, darunter namhafte Summen, die in die Laufende gehen, sollen verbrannt sein. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

D. Waldshut, 3. Nov. Infolge des heftigen Sturmes wurde in der vergangenen Nacht ein Motorrad zwischen Albrunn und Gauenberstein die Böschung hinuntergebrückt. Im Krankenhaus Waldshut ist der Beifahrer Alfred Pfeifer von Gehirnschmerzen erlegen, während der Fahrer Adolf Zimmermann von Buch mit schweren Knochenbrüchen darniederliegt.

Id. Konstanz, 3. Nov. Die 63. Vollversammlung der Handwerkskammer Konstanz wählte ihren Präsidenten Sauter einstimmig auf die nächsten fünf Jahre wieder. Der als ordentliches Kammermitglied ausgeschiedene Vizepräsident, Bürgermeister Graf, wurde durch Beschluß der Vollversammlung zum Ehrenvorstandsmitglied und Sachverwalter der Handwerkskammer ernannt. Kammerpräsident Dr. Erfurt sprach über die augenblickliche Wirtschaftslage und betonte, daß das Handwerk eine Rehabilitierung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens ablehnen müsse. Zwei Entschlüsse, die die Wirtschaft im Zollverkehr mit der Schweiz und die Arbeitsbeschaffung für das Handwerk betrafen, wurden angenommen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. November		1. November	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.82	169.16	168.86	169.20
Kopenhagen 100 Kr.	112.17	112.39	112.16	112.38
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99	21.945	21.985
London . . . 1 Pf.	20.37	20.41	20.37	20.41
New York 1 D.	4.1935	4.2015	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.493	16.45	16.49
Schweiz . . . 100 Fr.	81.36	81.52	81.355	81.515
Wien 100 Schilling	59.095	59.215	59.09	59.21
Prag . . . 100 Kr.	12.435	12.455	12.433	12.445

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 29. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer hat sich mit 120,6 gegenüber der Vorwoche (119,8) um 0,7 Prozent erhöht.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 3. Oktober hat sich in der Ultimowoch der Umlauf an Reichsbanknoten um 693,9 Mill. auf 4674,6 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 46,2 Millionen auf 438,4 Millionen Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 35,8 Millionen auf 2378,7 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,1 Mill. auf 2180,2 Mill. Reichsmark, die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 35,9 Mill. auf 198,5 Mill. Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 46,6 Prozent gegen 54,8 Prozent in der Vorwoche, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen auf 50,9 Prozent gegen 58,9 Prozent.

AWG wieder 10 Prozent Dividende. In der am Freitag abgehaltenen Aufsichtsratsitzung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks in Essen wurde beschlossen, die Generalversammlung auf den 28. November nach Essen einzuberufen. Der Stromabsatz, der bei normaler Entwicklung 8 Milliarden Kilowattstunden erreicht haben würde, ist infolge Konjunkturrückganges in der zweiten Hälfte des am 1. Juli 1930 abgeschlossenen Geschäftsjahres 1929/30 auf 2782 Millionen Kilowattstunden (im Vorjahr 2067 Millionen Kilowattstunden) gestiegen, das heißt um rund 34 Prozent. Die Konzernlieferung steht mit über 3,5 Mdn. ins Netz geschickten Kilowattstunden auch weiterhin an der Spitze der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Deutschlands. Die Bilanz weist einen Betriebsgewinn von 72 088 923 Reichsmark (im Vorjahr 60 667 208 Reichsmark) aus. Nach Abschreibungen, Verwaltungslosten, Steuern und verchiedenen Ausgaben, von 20 988 560 Reichsmark (18 741 241) verbleiben 51 099 363 Reichsmark (20 325 882), aus denen wiederum 10 Prozent Dividende, und zwar auf das volle Aktienkapital von 243 Mill., zur Verteilung gelangen sollen.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Ernannt:

Hauptlehrer und Musiklehrer August Maier-Heuser in Karlsruhe zum Musiklehrer an der Oberrealschule Rehl.

Zur Ruhe gesetzt:

Hauptlehrerin Veronika Naber in Dügheim, Amt Nastatt, bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Ministerialrat Ferdinand Guber im Ministerium des Kultus und Unterrichts auf 1. Februar 1931.

Gestorben:

Hilfsschulhauptlehrer Heinrich Hartmann in Mannheim am 23. Oktober 1930.

Justizministerium.

Ernannt:

Die Gerichtsverwalter Friedrich Petri beim Landgericht Karlsruhe, unter Beförderung zum Amtsgericht daselbst, und Robert Gerold beim Amtsgericht Mannheim zu Justizoberinspektoren, Justizassistent Gustav Friebohn beim Notariat Säckingen zum Justizsekretär, Justizaktuar Franz Vollerbach beim Amtsgericht Mosbach zum Justizassistenten, Oberaufseher Karl Reinhard beim Bezirksgefängnis Bruchsal zum Inspektor.

Befördert:

Gerichtsverwalter Friedrich Schröder beim Amtsgericht Gengenbach zum Amtsgericht Mannheim, Justizinspektor Emil Eggenberger beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Freiburg.

Zur Ruhe gesetzt auf Antrag:

Gerichtsverwalter Albert Fischbach beim Amtsgericht Engen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Gestorben:

Amtsgerichtsrat Otto Burger in Mannheim.

40 JAHRE HAHN

Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens unserer Firma veranstalten wir einen

Jubiläums-Verkauf

zu enorm billigen Preisen!

Unsere 40jährige Erfahrung, die bekannt große Auswahl sind die Fundamente unserer unübertroffenen Leistungsfähigkeit!

40 Jahre Hahn - 40 Jahre gut und billig

Unsere Jubiläums-Angebote: Elegante

Herren-Mäntel

nur gute Qualitäten, hochmoderne Farber

36.- 48.- 58.- 75.- 88.-

HAHN

Kaiserstraße 54

Das große Spezialhaus für Herren- und Knabenkleidung

Ratenkaufabkommen

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim

Durchführung der Aufwertungsabfindung

II. Bekanntmachung

Nachdem durch unsere staatliche Aufsichtsbehörde (Badisches Ministerium des Innern) festgestellt worden ist, daß unser Abfindungsangebot vom April 1930 (veröffentlicht im Reichsanzeiger Nr. 91, 92 und 93 vom 17., 18. und 22. April 1930) als von allen Gläubigern angenommen gilt, wird dieses Abfindungsabkommen nunmehr wie folgt durchgeführt:

A. Die Gläubiger unserer Pfandbriefe alter Währung erhalten als Aufwertung eine Abfindung von 20% des Goldmarkbetrages ihrer teilnahmeberechtigten Pfandbriefe. Auf diese Abfindung werden die Teilausschüttungen in Liquidationsgoldpfandbriefen von 10% und 5% sowie die Teilausschüttung in bar von 2% angerechnet, so daß nunmehr noch restlich 3% des Goldmarkbetrages der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe (= 30% der den Anteilsscheinen aufgedruckten Beträge) auszuschütten sind.

B. Die Gläubiger unserer Kommunalobligationen alter Währung erhalten als Aufwertung eine Abfindung von 8% des Goldmarkbetrages ihrer teilnahmeberechtigten Kommunalobligationen.

C. Die Ausschüttung der nach A. und B. zu leistenden Abfindungsbeträge erfolgt mit unseren 4 1/2%prozentigen ab 1. Januar 1930 verzinslichen Liquidationsgoldpfandbriefen; für Beträge von 40 GM, 30 GM, 20 GM und 10 GM werden Certifikate ausgegeben; Spätsbeträge unter 10 GM werden in bar ausbezahlt. Die Zinsscheine der Liquidationsgoldpfandbriefe für das Jahr 1930 werden von uns eingelöst und die Zinsbeträge abzüglich der Kapitalertragssteuer in bar vergütet.

D. Zur Empfangnahme der nach A. zu leistenden Abfindungsbeträge ist die Einreichung der teilnahmeberechtigten Anteilsscheine, welchen die Ratenscheine Nr. 3 und Nr. 4 anhängen müssen, erforderlich.

Zur Empfangnahme der nach B. zu leistenden Abfindungsbeträge ist die Einreichung der teilnahmeberechtigten Kommunalobligationen erforderlich.

Die Einreichung muß portofrei unter Benützung der von uns kostenlos zu beziehenden Bordrude, getrennt nach Pfandbriefen bzw. deren Anteilsscheinen und nach Kommunalobligationen, geordnet nach Reihe, Buchstabe und Nummer erfolgen. Andere Papiere dürfen der Einreichung nicht beigefügt werden. Die Sendungen sind zu adressieren an die Rheinische Hypothekenbank (Aufwertungsabteilung) in Mannheim.

Die eingereichten Papiere werden sofort nach Eingang entwertet; eine Verfügung des Einreichers über die eingereichten Papiere ist daher ausgeschlossen.

Die Ausfolgung der Abfindungsbeträge — voraussichtlich etwa ab Ende Dezember d. J. — geschieht nach der Reihenfolge des Eingangs durch unsere Kasse bzw. nach auswärts durch spezialfreie Überendung, und zwar jeweils nur an den Einreicher.

Die eingereichten Anteilsscheine werden durch Aufdruck in „Guthscheine“ umgewandelt und mit den Abfindungsbeträgen zurückgegeben. Diese „Guthscheine“ beziehen sich anteilmäßig auf diejenigen Abfindungsbeträge, die von den Pfandbriefgläubigern nicht abgehoben werden und nach Ablauf der Verzehrungsfrist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften über die Verzehrung möglichst frei werden konnten, soweit durch gesetzliche Maßnahmen nichts anderes verfügt werden sollte.

E. An die Gläubiger ergeht hiermit die Aufforderung, sobald ihre Ansprüche anzumelden, d. h. die teilnahmeberechtigten Anteilsscheine nebst den Ratenscheinen Nr. 3 und 4 sowie die teilnahmeberechtigten Kommunalobligationen zur Empfangnahme der Abfindungsbeträge einzureichen.

Zugleich werden diejenigen Gläubiger, welche ihre Pfandbriefe alter Währung oder die Ratenscheine Nr. 1 oder die Ratenscheine Nr. 2 zwecks Empfangnahme der früheren Ausschüttungen noch nicht eingereicht haben, aufgefordert, sobald ihre Ansprüche d. h. die Einreichung nachzuholen.

Werden teilnahmeberechtigte Pfandbriefe alter Währung, bzw. Anteilsscheine, bzw. Ratenscheine, bzw. teilnahmeberechtigte Kommunalobligationen alter Währung zur Empfangnahme der Abfindungsbeträge nicht bis spätestens 31. März 1931 eingereicht, oder wird bis dahin nicht nachgewiesen, daß ein Antrag auf Einleitung des Aufgebotsverfahrens oder auf Zahlungssperre gestellt ist, so ist die Bank berechtigt, die hierauf entfallenden Anteile zu hinterlegen. Auf diese Rechtsfolge der Nichtabgabe der Forderungen wird hingewiesen. Mannheim, im Oktober 1930.

Rheinische Hypothekenbank.

- Guido, Schneider in Ettlingen und Vina geb. Klein-Vertrag vom 30. September 1930: Gütertrennung. Ettlingen, 29. Okt. 1930. Amtsgericht.
- Wilhelmberger, Wilhelm, Kaufmann, Karlsruhe, u. Erna geb. Constantin. Vertrag vom 28. Juli 1930. Erziehungsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 28. X. 30. Amtsgericht.
- 2. Seite 495: Schäßle, Wilhelm, Bäckermeister, Karlsruhe, und Elise geb. Flach. Vertrag vom 7. Oktober 1930. Gütertrennung. 30. X. 30. 3. Seite 496: Saas, Hermann, Schlossermeister, Karlsruhe, und Anna geb. Steinbach. Vertrag vom 21. Oktober 1930. Gütertrennung. 31. X. 30. Amtsgericht Karlsruhe.

Aufent!

In jedem Ort wird eine Filiale errichtet. Hierfür wird eine zuverlässige Person (Vertragspartner) als

Filialleiter(in) gesucht.

Monatliches Einkommen: 150-200 Dollar. Bewerb. unt. „Filiale“ an „Hahn“ in Kassel.

- Bruchsal. R.19. Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 230: Wacker, Peter, Händler in Stuttgart, und Eva geb. Kreicher, daselbst. Vertrag vom 6. August 1930. Gütertrennung des BGB. Bruchsal, 26. Okt. 1930. Amtsgericht I.
- Ettlingen. R.15. Güterrechtsregistereintrag Band II, Seite 108. Gsch.

Zentralhandelsregister für Baden.

- Achern.** R.323. Handelsregister. Firma Johann Keller, Metzger, wurde eingetragen. Dem Ingenieur Heinrich Langeneder aus R. 697 ist Prokura erteilt. Die weiter erteilte Prokura bleibt in Kraft. Achern, 18. Okt. 1930. Bad. Amtsgericht.
- Heidelberg.** R.328. Handelsregister. Abt. A Bd. VI D.-B. 79: Die Firma Karl Schweikardt in Heidelberg ist erloschen. D.-B. 248. Firma Ludwig Bischoff in Heidelberg. Inhaber Ludwig Bischoff, Bäckermeister daselbst. 14. Oktober 1930. Bd. V D.-B. 40: Die Firma Lederwerke Redargemünd Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. in Heidelberg ist erloschen. Die Liquidation ist beendet. Abt. B Bd. II D.-B. 101: Die Firma Lederwerke Redargemünd Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Redargemünd ist erloschen. Die Liquidation ist beendet. Bd. IV D.-B. 98 zur Firma Deutsche Vant und Disconto-Gesellschaft Filiale Heidelberg in Heidelberg: Die Prokura des Otto Wodtke ist erloschen. Hans Rummel, Bankdirektor in Berlin-Charlottenburg, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. Heidelberg, 22. 10. 1930. Amtsgericht.
- Karlsruhe.** R.9. Handelsregister. 1. Hedwig Hirsch, Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Oktober 1930. Kaufmann Siegmund Hirsch, Karlsruhe, ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. 23. 10. 30. 2. Journier-Import Heinrich Kaufmann, Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Januar 1930. Die Kaufleute Heinrich Hiral und Siegfried Hamelburger, Karlsruhe, sind als persönlich haftende Gesellschafter in das Geschäft eingetreten; deren Prokuren sind erloschen. Kaufmann Hidor (Hj) Kaufmann, Karlsruhe, ist als Einzelprokurist bestellt. 24. 10. 1930. Amtsgericht Karlsruhe.
- Karlsruhe.** R.17. Handelsregister. 1. Färbererei Frisch, Altiengeseellschaft, Karlsruhe. Der Umtausch der Aktien ist durchgeführt. 28. 10. 1930. 2. Hausgesellschaft Friedrichsplatz 11 mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Jakob Hirschauer ist nicht mehr Geschäftsführer. Geschäftsführer: Eduard Kluge, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe. 29. 10. 1930. 3. Loge Leopold zur Trone in Karlsruhe. Bei der Änderung des Gesellschaftsvertrags am 5. 12. 1925 wurde auch die Firma geändert in: Altiengeseellschaft Karlsruhe Freimaurer. 30. 10. 1930.
- Karlsruhe.** R.10. Handelsregister. 1. Badische Grundwert-Attengesellschaft, Karlsruhe. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. September 1930 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 23 (Wilang) geändert. 21. X. 30. 2. Deutsche Vant und Disconto-Gesellschaft Filiale Karlsruhe, Hauptst. Berlin. Stellvertretendes Vorstandsmitglied: Hans Rummel, Bankdirektor, Berlin-Charlottenburg. 22. X. 30. 3. Licht- und Kraftübertragung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. 25. X. 30. Amtsgericht Karlsruhe.
- Kehl.** R.326. Handelsregister. Firma Kabela Süddeutsche Lebensmittelimportgesellschaft mit beschränkter Haftung in Kehl: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators Emmerich Warth in Kehl ist beendet. Die Firma ist erloschen. Kehl, den 8. Oktober 1930. Bad. Amtsgericht.
- Kehl.** R.333. Handelsregister. Abt. B D.-B. 120, Firma Deutsche Vant und Dis-
- Mannheim.** R.317. Handelsregister. 1. „Gafaf“ Carl Faf Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherigen Geschäftsführer, Fabrikant Carl Faf senior in Heidelberg und Kaufmann Heinrich Faf in Heidelberg, sind Liquidatoren. 2. Vertheimer & Weil Filiale Mannheim, Mannheim, Zweigniederlassung, Hauptst. Mainz: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Kaufmann Eugen Weil in Mannheim ist alleiniger Inhaber der Firma. Der Ort der Hauptniederlassung ist von Mainz nach Mannheim verlegt. Die bisherige Zweigniederlassung Mannheim ist jetzt also Hauptniederlassung. Max Bloch, Mannheim: Der Ort der Niederlassung ist nach Neustadt a. S. verlegt. 3. Milchfad, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma S. Milchfad, Duisburg-Ruhr-
- Mannheim.** R.317. Handelsregister. 1. Die Prokura des Ferdinand Döpler ist erloschen. Mercedes Maschinenfabrik Betrieb Schmitt & Wagner, Mannheim. Die offene Handelsgesellschaft hat am 24. September 1930 begonnen. Carl Schmitt, Mechaniker, Erich Otto Wagner, Kaufmann, beide in Mannheim, sind persönlich haftende Gesellschafter. Johann Georg Kagenmaier, Fabrikant Ladenburg in Ladenburg: Die Prokura des Adalbert Kagenmaier ist erloschen. Die Firma ist erloschen. Ingenieurbüro Becker & Schäfer, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. Dipl.-Ing. Arthur Senze, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Hermann Wolf, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Wähler & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Gesellschafterbeschluß vom 29. August 1930 in §§ 1 (Firma) und 7 (Geschäftsführer) geändert. Jeder Geschäftsführer ist zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Die Firma ist geändert in: August Neuhans & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Wilhelm Schmidt und Hermann Keriting sind nicht mehr Geschäfts-
- Mannheim.** R.16. Handelsregister. 1. 8 Tonwerk Werke „Oberhausen“: Durch Beschluß des Registergerichts vom 29. Oktober 1930 ist Reedereibesitzer Peter Kühle in Mannheim von seinem Amt als Liquidator abberufen worden. Philippshurg, 31. 10. 1930. Amtsgericht.
- Singen.** R.331. Handelsregister. Bd. II D.-B. 32 bei der Firma Deutsche Vant und Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Singen, Hauptst. Berlin: Hans Rummel, Bankdirektor in Berlin-Charlottenburg ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. Singen, 21. 10. 1930. Bad. Amtsgericht II.
- Singen.** R.332. Handelsregister. Abt. B D.-B. 259 bei der Firma Stephan Baur in Singen: Übergang des Geschäfts ohne Firmenänderung auf Josef Baur, Werkmeister in Tschizberg, mit Wirkung vom 1. Februar 1931. Erteilung der Prokura an Stephan Baur, Kaufmann in Singen. Singen, 21. 10. 1930. Bad. Amtsgericht.
- Staufen.** R.327. Handelsregister B Band I D.-B. 20: Tuchfabrik Staufen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Staufen. Dem Prokuristen Paul Guffert und der Maria Schliephake, beide in Staufen, ist Prokura erteilt in der Weise, daß sie zusammen zur Zeichnung der Firma berechtigt sind. Staufen, 16. Okt. 1930. Bad. Amtsgericht.
- Tauberbischofsheim.** R.324. Handelsregister. Abt. B zu D.-B. 6 — Landwirtschaftliches Lagerhaus Wittighausen, G. m. b. H. in Wittighausen —: Johannes Söllner ist als Geschäftsführer ausgeschieden; an dessen Stelle wurde Franz Fagnoul, Direktor in Karlsruhe, zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Tauberbischofsheim, 8. Okt. 30. Amtsgericht.
- Tauberbischofsheim.** R.325. Handelsregister. Abt. A Bd. I zu D.-B. 46 — Firma Geschwister Dölzer, Tauberbischofsheim —: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen. Tauberbischofsheim, 8. Okt. 30. Amtsgericht.

R.18. Güterrechtsregister. Bd. III Seite 69: Hermann Roth, Landwirt in Mannweiler, und dessen Ehefrau, Erna geborene Dietrich. Durch Ehevertrag vom 11. Oktober 1930 Gütertrennung. Bad. Amtsgericht.



Badisches Landestheater
Montag, den 3. Nov. 1930
Sondermiene „Zeittheater“
(I. Vorstellung der Abt. II, rote Karten)

Bori
Schauspiel von
Gerhard Menzel
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Schreiner, Brand, Dahlen,
Gemme, Graf, Herz,
Höder, O. Kieninger,
Mehner, Müller, Krüger,
Schulze, v. d. Trenck,
S. Lindemann
Anfang 20 Ende nach 22
Kein Kartenverkauf!

Dienstag, den 4. Nov. 1930
* G. 6. T. h. - Gem. 1201-1350
Neu einstudiert
Die Bohème
Von Puccini
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Blatt, Fischbach, Gröbinger,
Kopach, Kralbach, Rentwig,
Dörner, Nitsch, Schöpfli,
Aras, Kilian, Schäfer
Anfang 20, Ende geg. 22 1/2
Preise C (1-7 RM)

Mi. 5. 11. II. Sinfonie-
konzert. Do. 6. 11. Ado-
lat Patelin. Si. 7. 11. Der
Diener zweier Herren.
Fr. 7. 11. Die Nibelungen,
I. u. II. Abt. Sa. 8. 11.
Aufführung: Die Liebes-
probe. Hierfür: Neu ein-
studiert: Josephslegende.
Sa. 9. 11. Nachm. Die Jüdin.
Abds. Die Bohème. Im
Sonstigen: Zum ersten-
mal: Meine Schwester und
ich. Do. 10. 11. Die Nibe-
lungen, I. und II. Abt.